

Stefan Friedrich

China ein Jahr vor dem Führungswechsel

Am 15. März ging in Beijing die diesjährige Tagung des Nationalen Volkskongresses zu Ende. Es war die letzte Sitzung vor dem 16. Parteitag der KP China, auf dem im Herbst die Weichen für die Zusammensetzung der kommenden vierten Führungsgeneration gestellt werden. Während das vergangene Jahr mit der Olympiaentscheidung und dem WTO-Beitritt noch ganz im Zeichen internationaler Ereignisse stand, konzentriert sich das politische China in diesem Jahr auf die Nachfolgefrage und die Herausforderungen des Reformprozesses unter WTO-Bedingungen.

Vom 5. bis 15. März 2002 fand in Beijing die 5. Sitzung des IX. Nationalen Volkskongresses (NVK), des chinesischen Parlamentes, statt. Es war die letzte Sitzung des NVK vor den entscheidenden Personalveränderungen auf der obersten Führungsebene der VR China. Im Herbst wird der 16. Parteitag der KP China zusammentreten und die Weichen stellen für den Übergang von der sogenannten dritten Führungsgeneration um Staats- und Parteichef Jiang Zemin zur vierten. Allein im Zentralkomitee der KP China müssen mehr als 100 der 240 Mitglieder ausgetauscht werden, und im Ständigen Ausschuss des Politbüros, dem höchsten Führungsorgan der Partei, können nur zwei der sieben derzeitigen Mitglieder auf eine weitere Amtszeit hoffen.¹⁾ Auf Staatsebene werden diese Veränderungen im März kommenden Jahres vollzogen, wenn die Amtszeiten von Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Zhu Rongji und Parlamentspräsident Li Peng enden und aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht erneuert werden können. Zwar werden seit einiger Zeit einzelne Kandidaten für die Top-Positionen diskutiert, jedoch scheinen die endgültigen Entscheidungen noch nicht getroffen zu sein.

Im vorliegenden Beitrag sollen die wichtigsten Entwicklungen, insbesondere in den Außenbeziehungen, aber auch in der Innen- und Wirtschaftspolitik der VR China im Jahr vor dem Generationenwechsel dargestellt und analysiert werden.

■ Hoch-Zeit der Außenpolitik: Chinas „Eintritt in die Welt“

Das Jahr 2001 stand für die chinesische Führung wie auch die Bevölkerung von Beginn an im Zeichen zweier großer internationaler Entscheidungen: die Vergabe der Olympischen Spiele 2008 und die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO). Beiden Ereignissen kam im Laufe des Jahres die Bedeutung eines Tests für die Stellung Chinas in der Welt zu. In Gesprächen mit Chinesen wurde immer wieder deutlich, dass ein negativer Ausgang als Zurückweisung Chinas durch die internationale Staatengemeinschaft interpretiert worden wäre.

Olympiaentscheidung und WTO-Beitritt

Insbesondere die Zeit vor der Olympiaentscheidung war emotional sehr aufgeladen. Entsprechend groß war der Jubel im ganzen Land, als das Internationale Olympische Komitee am 13. Juli 2001 verkündete, dass Beijing den Zuschlag für die Sommerspiele 2008 erhalte. Jedoch nicht alle Reaktionen waren positiv. Menschenrechtsgruppen kritisierten die Vergabe der Spiele an Beijing, da sich die Führung in Beijing dadurch nur in ihrer Haltung bestätigt fühlen und nichts an ihrer Menschenrechtspolitik ändern werde. Andere Stimmen wiesen jedoch darauf hin, dass die Olympiaentscheidung durchaus positive Effekte haben könne. Ähnlich wie in Südkorea, so die Hoffnung, werde Beijing bis zur Austragung der Spiele noch stärker unter Beobachtung der internationalen Staatengemeinschaft stehen. China werde sich weiter öffnen und im Zuge dessen auch die Menschenrechte stärker achten.²⁾

Eine andere Entscheidung von internationaler Tragweite betraf den Beitritt der Volksrepublik zur WTO. Nach mehr als 15 Jahren Verhandlungen wurde China am 12. Dezember 2001 das 143. Mitglied der Welthandelsorganisation. Taiwan wurde unmittelbar nach der Volksrepublik im Januar 2002 als separates Zollgebiet in die WTO aufgenommen. Obwohl die bilateralen Verhandlungen Taiwans schon lange zuvor abgeschlossen waren und Beijing sich nicht grundsätzlich gegen eine separate Mitgliedschaft Taiwans stellte, bestand die chinesische Führung jedoch darauf, dass Taiwan nicht vor der Volksrepublik Mitglied der WTO werden könne.

1) Vgl. Johnny Erling, „Chinas scheidender Premier Zhu Rongji eröffnet ...“, in: *Die Welt*, 6.3.2002.

2) Vgl. *China aktuell* (C.a.), Juli 2001, Ü 8, S. 716–18.

Der grundlegende Durchbruch in den bilateralen Verhandlungen der Volksrepublik mit insgesamt 136 Staaten war bereits am 15. November 1999 mit den USA und ein halbes Jahr später, am 19. Mai 2000, mit der Europäischen Union erreicht worden. Da allen WTO-Vereinbarungen das Prinzip der Meistbegünstigung zugrunde liegt – d.h. das, was einem Vertragspartner zugestanden wird, gilt für alle –, musste die Volksrepublik alle Zugeständnisse auf dem Weg zur Öffnung seiner Märkte sehr sorgfältig abwägen. Obwohl sich ein großer Teil der Forderungen der wichtigsten Vertragspartner, USA und EU, deckten, gab es einige Bereiche, die den USA weniger wichtig waren als der EU und umgekehrt. So bestand die USA darauf, die Kontrolle von Dumpingverstößen auch in den kommenden 15 Jahren durchführen zu können, was für die EU keine Rolle spielte, da sie die Volksrepublik bereits 1998 als „Nicht-Nicht-Marktwirtschaft“ eingestuft hatte. Bei den europäisch-chinesischen Verhandlungen ging es vor allem um die Öffnung des Sektors, insbesondere Versicherungen und Banken.³⁾

3) Vgl. u.a. Franco Alghieri/Marcus Taube, „Chinas Beitritt zur WTO. Herausforderungen für China und die Weltwirtschaft“, in: *Internationale Politik*, 2/2002, S. 33–38.

Der WTO-Beitritt der Volksrepublik wurde von Seiten der Regierung als wichtiger Meilenstein in der Entwicklung des Landes gepriesen. Die Entschlossenheit, mit der die chinesische Führung diesen Schritt gehen wollte, zeigte sich bereits darin, dass der chinesische Außenhandelsminister Shi Guangsheng in Doha, wo im November 2001 die 4. WTO-Ministertagung stattfand, zunächst die Beitrittsdokumente für die Volksrepublik unterzeichnete und dann unmittelbar danach das von Staatspräsident Jiang Zemin bereits zuvor unterschriebene Ratifizierungsschreiben überreichte. Der Ständige Ausschuss des NVK hatte seine Zustimmung bereits am 25. August 2001, kurz nach Abschluss der multilateralen Gespräche Ende Juli, gegeben. Dieser Entschlossenheit zum Beitritt stand allerdings eine zögerliche Informationspolitik der chinesischen Führung nach innen gegenüber. So wurde die offizielle chinesische Übersetzung der Einzelheiten des WTO-Abkommens erst am 25. Januar 2002 veröffentlicht. Die konkrete Vorbereitung der Bevölkerung auf die Veränderungen und Anpassungsschwierigkeiten, die der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft bevorstehen, wurden auf das Jahr 2002 verlagert; 2001 stand vor allem im Zei-

chen von Chinas „Eintritt in die Welt“, so die wörtliche Übersetzung von *ru shi*, dem chinesischen Kürzel für den Beitritt zur WTO.

*Gipfeldiplomatie in Shanghai
vor und nach dem 11. September*

Zwei weitere Großereignisse haben China 2001 international Gesicht gegeben: das Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) im Juni sowie der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der APEC (Asian-Pacific Economic Cooperation) Ende Oktober. Im Zentrum beider Ereignisse stand die Bekämpfung des Terrorismus. Dieses Thema, das im Juni vergangenen Jahres noch wenig internationale Beachtung fand, war nach den Ereignissen vom 11. September 2001 ins Zentrum der internationalen Politik und damit auch des APEC-Treffens gerückt.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit ging aus dem sogenannten 4+1-Prozess hervor, in dem zwischen 1992 und 1998 in erster Linie die noch nicht abgeschlossenen Grenzfragen zwischen der Volksrepublik und den benachbarten Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan – geklärt wurden. Erst im Laufe der Zeit dehnte sich die Agenda auf Fragen der regionalen Kooperation u.a. aus. Beim jüngsten Gipfeltreffen am 14./15. Juni 2001 in Shanghai wurde Usbekistan als sechstes Mitglied in die „Shanghai-Fünf“-Gruppe aufgenommen; gleichzeitig erfolgte die Umbenennung in Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).⁴⁾ Neben der Aufnahme Usbekistans und der Gründung der SOZ gilt die Unterzeichnung der „Shanghaier Konvention zum Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ als das wichtigste Ergebnis des Gipfels. Schon in den Jahren zuvor war von den Shanghai-Fünf die Taliban-Regierung in Afghanistan als die destabilisierende Kraft in der Region betrachtet worden, insbesondere aufgrund der finanziellen und materiellen Unterstützung, die sie islamischen Kämpfern zukommen ließ. Die Konvention beinhaltet zwar keine direkten Maßnahmen gegen die Taliban, jedoch ist geplant, ein gemeinsames Antiterrorismus-Zentrum in Bischkek (Kirgisien) zu gründen. Obwohl die Ereignisse des 11. September aus Sicht der SOZ-Staaten zwar den Bedarf eines solchen Zentrums bestätigt haben, wur-

4) Vgl. hier und im Folgenden: Gudrun Wacker, *Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Eurasische Gemeinschaft oder Papiertiger?*, SWP-Studie, S 22, August 2001, Berlin, 41 S.

den die Planungen bisher noch nicht umgesetzt. Der Hauptgrund hierfür liegt darin, dass die Führungsrolle der USA im Kampf gegen den Terror die Bemühungen der SOZ-Staaten hat in den Hintergrund treten lassen. Falls die militärische Kooperation einiger zentralasiatischer Staaten mit den USA, die im Zuge des Afghanistan-Konfliktes begonnen wurde, längerfristig bestehen bleibt, wird sich dies nach Meinung chinesischer Wissenschaftler negativ auf die zukünftige Entwicklung der SOZ auswirken.⁵⁾

5) So Zhu Feng, Direktor des Programms Internationale Sicherheit der Peking-Universität. Vgl. Tamara Vidaillet, „China: Doubts shroud future of China-led regional group“, *Reuters*, 8. Jan. 2002.

Der APEC-Gipfel, der am 20./21. Oktober 2001 in Shanghai stattfand, war überschattet vom Thema Terrorismusbekämpfung. US-Präsident George Bush nutzte das Treffen der Staats- und Regierungschefs, um an die Solidarität der Teilnehmerstaaten im Kampf gegen den Terrorismus zu appellieren. Für China war die Teilnahme von Bush sehr wichtig, da der erste APEC-Gipfel in der Volksrepublik ohne den Präsidenten der einzigen verbliebenen Supermacht unvollständig gewesen wäre. Zudem hatte Bush aufgrund der Ereignisse in New York und Washington bereits seine ausgedehnte Asienreise im Vorfeld des APEC-Gipfels, die ihn auch nach Beijing hätte führen sollen, abgesagt. So ist anzunehmen, dass die chinesische Führung – nicht zuletzt aus diesem Kalkül heraus – ein großes Entgegenkommen in der Frage des internationalen Feldzuges gegen den Terrorismus demonstrierte. Bereits am 12. und dann erneut am 28. September 2001 trug China im UN-Sicherheitsrat die Resolutionen gegen den internationalen Terrorismus mit. Am 18. September erklärte Staatspräsident Jiang Zemin in einem Telefongespräch mit dem britischen Premier Blair, dass China unter gewissen Voraussetzungen, u.a. einer angemessenen Rolle des UN-Sicherheitsrates, bereit sei, eine Militäraktion der USA zu unterstützen. In normalen Zeiten hat sich Beijing stets mit dem Hinweis auf das Prinzip der Nicht-Einmischung gegen internationale Interventionen ausgesprochen. Im Falle von Afghanistan deckten sich die Ziele der Bush-Administration jedoch in einigen Punkten mit den chinesischen Interessen. Beijing befürchtete schon seit langem, dass separatistisch gesinnte Uighuren aus der nordwestlichen Provinz Xinjiang in Lagern der Taliban ausgebildet werden. Noch im Januar 1999 hatte Beijing über informelle Kontakte vergeblich versucht, das

Taliban-Regime dazu zu veranlassen, diese Unterstützung zu beenden.⁶⁾ Die Anti-Terror-Klausel in der Abschlusserklärung der SOZ ist nicht zuletzt eine Reaktion auf diese Aktivitäten. Im internationalen Kampf gegen die Taliban sah Beijing eine Möglichkeit, auch gegen die uighurischen Separatisten einen entscheidenden Schritt voranzukommen.

6) Vgl. *South China Morning Post* (SCMP), 29. Sept. 2001, S. 13.

Der APEC-Gipfel, an dem 21 Staats- und Regierungschefs aus der ganzen asiatisch-pazifischen Region teilnahmen, war die größte Veranstaltung ihrer Art, die jemals in der Volksrepublik stattgefunden hat. China hat das Treffen unter schwierigen internationalen Rahmenbedingungen erfolgreich durchgeführt und dafür internationale Anerkennung erhalten.

Die Beziehungen zu den USA nach dem Regierungswechsel in Washington

Die rasche Wieder-Annäherung zwischen den USA und der VR China in der zweiten Jahreshälfte 2001 war nicht unbedingt zu erwarten. Der Regierungswechsel in Washington hatte zunächst eine Abkühlung der Beziehungen zur Folge. Während Clinton vom Aufbau einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen beiden Staaten sprach, gab Bush den Beziehungen zu China den Charakter einer „strategischen Konkurrenz“. Ferner wies Bush in der für die Volksrepublik so sensiblen Taiwan-Frage eindeutig auf die Verpflichtungen der USA im Rahmen des Taiwan Relations Act hin und unterstrich, dass die USA alles täten, was notwendig sei, um Taiwan zu verteidigen. Diese neuen Töne aus Washington stellten aus der Sicht Beijings einen Rückschritt in den Beziehungen dar.

Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund des Hainan-Zwischenfalls. Am 1. April 2001 stießen ein US-Aufklärungsflugzeug und ein chinesischer Abfangjäger über dem Südchinesischen Meer zusammen. Der chinesische Pilot kam dabei ums Leben; das US-Flugzeug konnte auf der Insel Hainan notlanden. Elf Tage wurde die 24-köpfige amerikanische Besatzung festgehalten. Nachdem das hochmoderne ausgerüstete Aufklärungsflugzeug von chinesischen Experten eingehend inspiziert worden war, musste die flugtaugliche Maschine vor Ort auseinandergebaut und Anfang Juni in Einzelteilen außer Lan-

des gebracht werden. Dieser Zwischenfall rief erneut – wenn auch nicht so stark wie nach dem Beschluss der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999 – anti-amerikanische Gefühle in der chinesischen Bevölkerung hervor.

Von Seiten der Führung wurde jedoch versucht, diese Entwicklung nicht eskalieren zu lassen, um eine weitere Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu vermeiden. Die Gründe hierfür lagen einerseits in der engen wirtschaftlichen Vernetzung mit der US-Wirtschaft (die USA sind der zweitgrößte Handelspartner Chinas nach Japan)⁷⁾, andererseits auch in den Bestrebungen, auf der internationalen Bühne eine stärkere Rolle zu spielen. Außerdem hatte man auch mit der Reagan- und der Clinton-Administration die Erfahrung gemacht, dass sich die Beziehungen nach anfänglichen Spannungen, insbesondere in der Taiwan-Frage, positiv entwickelten.

Die schrecklichen Ereignisse des 11. September bedeuteten insofern einen Einschnitt in den Beziehungen zwischen China und den USA. Beijing ergriff ohne Zögern die sich bietende Chance, die Beziehungen mit der neuen Bush-Administration auf eine neue, wenn möglich sogar strategische Ebene zu heben.⁸⁾ In der Tat verbesserte sich das Verhältnis in der zweiten Jahreshälfte deutlich, jedoch ging das chinesische Kalkül nur teilweise auf. Sowohl beim APEC-Gipfel im Oktober 2001 als auch bei seinem Besuch im Februar 2002 lehnte Bush es ab – trotz des chinesischen Entgegenkommens beim US-Einsatz in Afghanistan –, Beijings Vorgehen gegen Separatisten in Xinjiang als Teil des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus anzuerkennen. Ferner forderte Bush die Volksrepublik auf, mehr Religionsfreiheit zuzulassen, und ließ sich auch in der Taiwan-Frage nur geringfügig von seinem zuvor eingeschlagenen Kurs abbringen. So wiederholte Bush bei seinem Besuch im Februar 2002 nach chinesischen Angaben zwar intern seine Zustimmung zu den drei Kommuniqués mit China, öffentlich bekräftigte er jedoch nur seine Haltung zum Taiwan Relations Act.

Trotz der weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Beijing haben sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten seit dem 11. September besser als erwartet entwickelt. Die beiden Besuche von US-Präsident Bush innerhalb

7) Vgl. Johnny Erling, „Chinas Wirtschaft tief besorgt wegen des Konflikts mit den USA“, in: *Die Welt*, 7.4.2001.

8) Vgl. auch Gu Xuewu, „China und die USA. Eine Partnerschaft sucht ein strategisches Fundament“, in: *Internationale Politik*, 2/2002, S. 7–16.

von nur vier Monaten demonstrieren zum einen, welch hohen Stellenwert beide Seiten dem bilateralen Verhältnis beimessen. Zum anderen offenbart der Ablauf der Besuche eine deutliche Veränderung im Vergleich zu dem fast schon herzlichen Verhältnis zwischen Jiang Zemin und Bill Clinton. Die Chemie zwischen George Bush und dem chinesischen Präsidenten ist anders, was nicht nur an den unterschiedlichen Persönlichkeiten der beiden Amerikaner liegt. In der Taiwan-Frage, in der Clinton bewusst eine ambivalente Position eingenommen hatte, vertritt Bush eine sehr viel eindeutigeren Haltung. Das schafft ebenso Spannungen wie die Kritik an Chinas Religionspolitik und an der Bekämpfung der Unabhängigkeitsbewegung in Xinjiang. Andererseits könnte diese neue Offenheit aber auch dazu führen, dass unnötige Missverständnisse zwischen beiden Staaten in Zukunft vermieden werden. Das Verhältnis zwischen Washington und Beijing war auf beiden Seiten in den letzten 30 Jahren sehr häufig von überzogenen Erwartungen und großen Enttäuschungen geprägt. Ein realistischerer Ansatz, wie er sich derzeit abzeichnet, wird kurzfristige Krisen nicht verhindern, aber auf lange Sicht vermutlich zur Stabilität der Beziehungen beitragen.

Die Entwicklung der Taiwan-Frage

Die Rolle der USA als Schutzmacht ist für Taiwan von entscheidender Bedeutung. So ist der Erfolg der Democratic Progressive Party (DPP) von Präsident Chen Shuibian bei den Parlamentswahlen im Dezember 2001 u.a. auf die fortgesetzte Sicherheitsgarantie der USA für die Insel zurückzuführen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik China, die 1912 gegründet worden war und seit dem verlorenen Bürgerkrieg gegen die KP China 1949 auf der Insel Taiwan weiterbesteht, verlor die Guomindang (GMD) die absolute Mehrheit im Parlament (Legislativ Yuan). Die DPP wurde mit 87 Sitzen stärkste Fraktion, gefolgt von der GMD mit 68 Sitzen. Die Neue Partei, eine Abspaltung der GMD, die insbesondere für die Wiedervereinigung mit dem Festland eintrat, fiel von acht Sitzen auf einen zurück. Gleichzeitig zogen zwei neue Parteien ins Parlament ein: zum einen die People's First Party um den ehemaligen Gouverneur der Provinz Taiwan, James Soong, mit 46 und die Taiwan

Solidarity Union mit 13 Sitzen. Letztere Partei war auf Initiative des früheren Präsidenten und GMD-Vorsitzenden Lee Teng-hui gegründet worden, um unzufriedene GMD-Wähler, die nicht gleich ins DPP-Lager überwechseln wollen, anzusprechen und der DPP einen Koalitionspartner für die Regierungsbildung zur Verfügung zu stellen.

Im März 2000 hatte die GMD aufgrund innerer Zerstrittenheit das Präsidentenamt an Chen Shuibian, den Kandidaten der DPP, verloren. Bereits damals ging Beijing durch diese Entwicklung ein „getreuer Feind“ verloren. Denn trotz aller Gegensätze zwischen GMD und KPCh einte beide doch die gemeinsame Geschichte und der Gedanke an die prinzipielle Zugehörigkeit Taiwans zu China. Die DPP trat hingegen seit ihrer Gründung in den achtziger Jahren für die Unabhängigkeit Taiwans ein. Auch wenn diese Forderung seit Beginn der Amtszeit von Chen Shuibian weniger prononciert vertreten wird, weigerte sich Beijing, die DPP als Gesprächspartner anzuerkennen. In Beijing hatte man zu diesem Zeitpunkt noch die Hoffnung, dass die Präsidentschaft von Chen Shuibian nur ein vorübergehendes Phänomen darstelle, weshalb man 2001 verstärkt mit der GMD in einen Dialog trat, die zu dieser Zeit noch stärkste Kraft im Legislativ Yuan war. Aber auch diese Gespräche brachten keinen entscheidenden Durchbruch. Die Wahlen im vergangenen Dezember haben gezeigt, dass Beijing sich auf eine sehr viel längere Amtszeit von Chen und einen anhaltenden Einfluss der DPP einstellen muss – und dies auch tut. Am 24. Januar 2002 sprach sich erstmals ein Vertreter der Beijinger Regierung, der ehemalige Außenminister und jetzige Staatsrat Qian Qichen, für Gespräche mit Mitgliedern der DPP aus: „Wir sehen, dass die große Mehrheit der DPP-Mitglieder sich von der kleinen Zahl hartnäckiger Elemente unterscheidet, die ein unabhängiges Taiwan wollen. Wir heißen erstere willkommen, in angemessener Funktion das Festland zu besuchen, um das Verständnis zu mehrten.“⁹⁾ Jedoch ist es zweifelhaft, ob der von der alten Einheitsfrontstrategie geprägte Vorstoß, bei dem zwischen einer guten Mehrheit und einer schlechten Minderheit unterschieden wird, Früchte tragen kann.

Aber nicht nur die KP China muss sich umstellen, auch in Taiwan hat ein Umdenkungsprozess einge-

9) Zitiert nach C.a., Jan. 2002, Ü 37, S.27.

setzt. Taiwans Wirtschaft hatte die asiatische Finanz- und Wirtschaftskrise 1997/98 zwar relativ gut überstanden, im vergangenen Jahr spürte Taiwan jedoch umso mehr die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise. Zum ersten Mal seit 50 Jahren erlebte Taiwan eine Rezession (– 2,2 Prozent) und wachsende Arbeitslosigkeit.¹⁰⁾ Um diesem Trend entgegenzuwirken, verlangte die taiwanesishe Wirtschaft im vergangenen Jahr zunehmend, dass die politischen Restriktionen für das Engagement taiwanesischer Firmen auf dem Festland aufgehoben oder zumindest gelockert würden. Die noch unter der Herrschaft der GMD eingeführten Beschränkungen sollten verhindern, dass die Inselwirtschaft in zu große Abhängigkeit vom Festland gerät. De facto benötigt die taiwanesishe Wirtschaft heute jedoch das Engagement auf dem Festland, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Allein in Shanghai leben und arbeiten ca. 250 000 Taiwanesen. Seit Ende der achtziger Jahre sind die Investitionen Taiwans auf dem Festland auf rund 60 Milliarden US-Dollar angewachsen. All diese Entwicklungen konnten stattfinden, obwohl nach wie vor die „drei direkten Verbindungen“ – Handel, Verkehr, Post – fehlen. So müssen Geschäftsreisende für die Strecke Shanghai – Taibei, eigentlich ein Flug von einer Stunde, den mehrstündigen Umweg über Hongkong oder Macao in Kauf nehmen. Sehr begrenzte Ansätze zur Veränderung dieser Politik erfolgten im Januar 2001, als erstmals seit 50 Jahren Schiffsverbindungen zwischen dem Festland und den Taiwan vorgelagerten Inseln Jinmen und Matzu aufgenommen wurden. Im Juli 2001 berief Präsident Chen Shuibian eine „nationale Wirtschaftskonferenz“ ein, welche sich für eine weitgehende Aufhebung der Restriktionspolitik aussprach. Als Ergebnis dieser Empfehlung wurde im vergangenen November vom Parlament ein Gesetz verabschiedet, dass die Beschränkung von Einzelinvestitionen auf maximal 50 Millionen US-Dollar aufhebt.¹¹⁾

Auch Beijing tritt für die Aufnahme direkter Verbindungen ein, verlangt jedoch als Vorbedingung, dass Taiwan die Souveränität Beijings über die Insel anerkenne.¹²⁾ Dass Taibei hierzu nicht bereit ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass man die Politik der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Festland mit Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Identität

10) *Far Eastern Economic Review* (FEER), 10.1.2002, S. 52.

11) Vgl. Margot Schüller, „Taiwan baut Hemmnisse für Festland-investitionen ab“, in: C.a., Nov. 2001, S. 1195-96.

12) Vgl. Bill Savadove, „China prods Taiwan on direct trade with conditions“, *Reuters*, 12.3.2002.

flankiert. So verkündete Chen am 13. Januar 2002, dass Reisepässe von nun an den Zusatz „issued in Taiwan“ erhalten sollten. Auch eine Umbenennung der inoffiziellen diplomatischen Vertretungen Taiwans im Ausland ist in der Diskussion. Diese Maßnahmen werden von Beijing heftig kritisiert.

■ Innenpolitische Herausforderungen: Die Verbindung von Sozialismus und Marktwirtschaft

In der Innen- und Wirtschaftspolitik setzt die chinesische Führung weiterhin auf die Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft. Damit führt sie die Gratwanderung von Aufrechterhaltung des Sozialismus bei gleichzeitiger Entwicklung einer Marktwirtschaft fort. Die wichtigste ideologische Neuerung im vergangenen Jahr war hierbei die Einladung an Privatunternehmer, der KPCh beizutreten.

„Die drei Vertretungen“ (*sange daibiao*)

Aus Anlass des 80. Jahrestages der Gründung der KP China verkündete Jiang Zemin in seiner Rede am 1. Juli 2001 die These von den sogenannten „Drei Vertretungen“ (*sange daibiao*). Im Einzelnen besagt sie, dass die Partei die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas repräsentiert.¹³⁾

Die Rede soll zum einen Jiang Zemin in eine Reihe mit den großen Theoretikern des chinesischen Sozialismus, Mao Zedong und Deng Xiaoping, stellen und damit seine herausragende Position in Partei und Staat auch über sein Ausscheiden aus dem Amt hinaus garantieren. Zum anderen wird damit der Tatsache Rechnung getragen, dass die Volksrepublik für die Aufrechterhaltung eines relativ hohen Wirtschaftswachstums auf die aktive Unterstützung der Privatunternehmer angewiesen ist. Der seit 20 Jahren schnell wachsende Privatsektor trägt mittlerweile bereits mindestens 33 Prozent zum chinesischen BSP bei¹⁴⁾ und ist der einzige Sektor, in dem heute noch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Verkündung der „Drei Vertretungen“ gingen lange innerparteiliche Debatten voraus, da mit der Einladung an Privatunternehmer, in die KPCh einzutreten,

13) Vgl. hier und im Folgenden: Heike Holbig, „Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer. Jiang Zemin's theoretischer ‚Durchbruch‘ und die praktischen Konsequenzen“, in: C.a., Juli 2001, S. 739–746.

14) Diesbezügliche Schätzungen reichen von 33 Prozent (Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften) über 36 Prozent (UNDP) bis hin zu 50 Prozent (Weltbank). Vgl. www.usembassy-china.org.cn/econ/briefing3/index.htm (12.3.2002).

eine weitere Grundfeste des traditionellen Selbstverständnisses kommunistischer Parteien geschleift wurde.¹⁵⁾

Wirtschaftsentwicklung wider die globale Krise

Auf der diesjährigen Sitzung des NVK konnte Ministerpräsident Zhu Rongji erneut ein Wirtschaftswachstum von 7,3 Prozent für das Jahr 2001 verkünden. Die geringe Anfälligkeit der chinesischen Wirtschaft gegen den globalen Abschwung des vergangenen Jahres ist auf drei Faktoren zurückzuführen: den großen Binnenmarkt, eine geringere Abhängigkeit vom stark angeschlagenen High-Tech-Bereich sowie das ungebrochene Vertrauen in- und ausländischer Anleger in den chinesischen Markt. Letzteres zeigte sich nicht zuletzt in der Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen um 14,9 Prozent auf 46,8 Milliarden US-Dollar. Nur die USA waren für ausländische Anleger im vergangenen Jahr attraktiver.

Entscheidend für das erreichte Wirtschaftswachstum war jedoch eine erneute Erhöhung der Staatsausgaben. So gab die Volksrepublik im vergangenen Jahr Staatsobligationen im Wert von über 150 Milliarden RMB (ca. 21 Milliarden Euro) aus, die insbesondere in Infrastrukturprojekte zur Entwicklung Westchinas investiert wurden. Diese Politik staatlich finanzierter Konjunkturbelebung, die erstmals vor vier Jahren als Reaktion auf die asiatische Finanz- und Wirtschaftskrise begann, soll auch in diesem Jahr im gleichen Ausmaß fortgesetzt werden.¹⁶⁾ Dabei wird in Kauf genommen, dass die Staatsverschuldung 2001 auf ein Rekordniveau von 43 Milliarden Euro gestiegen ist (+ 19 Prozent; dies entspricht ca. drei Prozent des BSP). Andere Maßnahmen der Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft zielten auf die Förderung der privaten Nachfrage. So verkündete die Regierung im April letzten Jahres eine Gehaltserhöhung für Staatsbedienstete von 30 Prozent, es wurden zusätzliche Feiertage zur Steigerung des privaten Konsums gewährt, und Privatleute wurden durch günstige Kredite zum Kauf von Eigentumswohnungen ermutigt. Da umgekehrt die Spareinlagen in Banken minimal verzinst werden und es kaum alternative Anlagemöglichkeiten gibt, investieren immer mehr Chinesen ihr Geld an der Börse.

15) Vgl. Heike Holbig, „Informelle Klausurtagung der Parteiführung in Beidaihe – Kontroversen um Jiang Zemin's Rede zum 1. Juli“, in: C.a., August 2001, Ü 9, S. 849–850.

16) Zhu Rongji, *Tätigkeitsbericht der Regierung*, erstattet am 5. März 2002 auf der 5. Tagung des 9. Nationalen Volkskongresses, S. 10.

Die Kapitalmärkte nehmen in der chinesischen Reformpolitik eine zunehmend wichtige Rolle ein. Sie dienen dem Staat als Instrument, einen Teil des immensen inländischen Sparkapitals (ca. 870 Milliarden US-Dollar) in den Wirtschaftskreislauf zu führen und damit die Privatisierung von Staatsunternehmen umzusetzen. Insofern wird die Tatsache, dass die Zahl der individuellen Anleger an den chinesischen Börsenplätzen Shanghai und Shenzhen im vergangenen Jahr die 50-Millionen-Marke überschritten hat,¹⁷⁾ von der Regierung sehr begrüßt. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass eine funktionierende Kontrolle der Finanzmärkte immer wichtiger wird. Denn sollten die Anleger das Vertrauen verlieren, könnte dies schwere soziale Unruhen zur Folge haben. So war das Jahr 2001 zum Jahr der „Börsenaufsicht“ erklärt worden. Zahlreiche Fondsmanager, gelistete Unternehmen und Wertpapierhäuser wurden überprüft, und es wurde an neuen Börsen- und Bankenbestimmungen gearbeitet. Im April 2001 nahm die chinesische Börsenaufsicht erstmals in der knapp elfjährigen Geschichte der Shanghaier Börse ein Unternehmen vom Kurszettel.

Für die Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität ist die Begrenzung der Arbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung. Nach weitverbreiteter Ansicht benötigt China auch in den kommenden Jahren ein Wirtschaftswachstum von mindestens sieben Prozent. Unterhalb dieser Marke würden nicht mehr genügend neue Arbeitsplätze geschaffen, um die entlassenen oder neu auf den Markt kommenden Arbeitnehmer aufzufangen. Zwischen 1998 und 2001 wurden im Zuge der Reform der Staatsbetriebe 25,5 Millionen Menschen entlassen, von denen 17 Millionen in neue Beschäftigungsverhältnisse überführt werden konnten.¹⁸⁾ Die registrierte Arbeitslosenquote in Städten und Gemeinden 2001 betrug 3,6 Prozent (6,81 Millionen) und soll 2002 unter 4,5 Prozent gehalten werden.¹⁹⁾ Die tatsächliche Quote liegt allerdings deutlich höher. So sind in diesen Zahlen weder die freigesetzten Arbeitnehmer (*xiagang*) aus Staatsbetrieben (fünf Millionen od. 2,64 Prozent)²⁰⁾ noch andere Phänomene der versteckten Arbeitslosigkeit wie Überbeschäftigung enthalten. Hinzu kommt, dass sich alle diese Angaben ohnehin lediglich auf den städtischen Bereich bezie-

17) World Bank, *China – Country overview: Economic update* vom 27.9.2001, S. 4. (<http://www.weltbank.org>.)

18) Vgl. die Angaben des Ministers der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission Li Rongrong nach *Shanghai Daily*, 9.3.2002.

19) Zeng Peiyan, *Regierungsbericht über die Durchführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 2001 sowie den Planentwurf für 2002*, erstatet am 6. März 2002, S. 1, 12 u. 14.

20) Ders., S. 12.

hen. Schätzungen zufolge haben ca. 130 bis 180 Millionen sogenannte Wanderarbeiter ihre Dörfer auf der Suche nach Arbeit verlassen.

Auf die schwierige Lage der Bauern hat Ministerpräsident Zhu Rongji in seinem diesjährigen Regierungsbericht vor dem Nationalen Volkskongress deutlich hingewiesen. Es müsse sichergestellt werden, dass sich ihre Lebenssituation nicht noch weiter verschlechtert.²¹⁾ Damit hat Zhu Rongji indirekt das langfristig sicherlich größte Problem der chinesischen Volkswirtschaft ins Blickfeld gerückt: das zweifache Auseinanderdriften zwischen Stadt und Land sowie Ost und West. Während sich die Ostküstenregion sehr schnell entwickelt und 88 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen absorbiert, fällt die Entwicklung Zentral- und Westchinas weit dahinter zurück.²²⁾ Die Regierung versucht diesem Prozess mit dem „Programm zur groß angelegten Erschließung der Westregionen“ entgegenzuwirken. Dazu zählen u.a. enorme Infrastrukturinvestitionen sowie die Aufforderung an ausländische Investoren, sich verstärkt auch im Westen zu engagieren.

21) Vgl. hier und im Folgenden: Zhu Rongji a.a.O., S. 5.

22) Vgl. Markus Taube, „Direktinvestitionen für Chinas Westen. Wunsch und Wirklichkeit“, in: *Deutsch-Chinesisches Wirtschaftsforum*, No.6, Dez. 2001, S. 64–68.

23) Für eine umfassende Studie der innenpolitischen und binenwirtschaftlichen Herausforderungen vgl. OECD, *China in the World Economy: The Domestic Policy Challenges. Synthesis Report*, Paris, März 2002, 75 S. (<http://www.oecd.org/pdf/M00027000/M00027393.pdf>)

Herausforderungen des WTO-Beitritts für Wirtschaft und Politik

Am 1. Januar 2002 traten die Vereinbarungen über Chinas WTO-Beitritt in Kraft. Obwohl die chinesische Regierung bereits enorme Anstrengungen unternommen hat, um das Land für die WTO fit zu machen, steht China vor gewaltigen Aufgaben für die Vollendung des dreifachen Übergangs: von der Plan- zur Marktwirtschaft, von einer auf Landwirtschaft basierenden Wirtschaft hin zu einer Produktions- und Dienstleistungswirtschaft sowie von einer relativ geschlossenen hin zu einer relativ offenen Wirtschaft.²³⁾

Im Zuge der Beitrittsverhandlungen hat die VR China zahlreiche Zugeständnisse gemacht. So wird China seine Zölle für industrielle und landwirtschaftliche Produkte senken und eine Öffnung der Bereiche Telekommunikation sowie Banken und Versicherungen für ausländische Wettbewerber zulassen. In einzelnen Bereichen sind Übergangsfristen bis zu fünf Jahren vereinbart worden. Vor dem Hintergrund der vorzunehmenden Strukturveränderungen der chinesischen Wirtschaft ist der Veränderungsdruck jedoch

außerordentlich hoch. Insbesondere die Landwirtschaft wird dies deutlich zu spüren bekommen, wenn chinesische Bauern sich dem Weltmarkt stellen müssen. Neben traditionellen Methoden baut China derzeit den Einsatz moderner Gentechnik stark aus, um die Landwirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen.²⁴⁾

24) Vgl. Jikun Huang et al., „Plant Biotechnology in China“, in: *Science*, Vol. 295, 25. Jan. 2002, S.674–677.

25) Xu Kuangdi im Interview mit Journalisten am Rande des NVK, 11.3.2002.

Auch wenn der WTO-Beitritt vordergründig vor allem die chinesische Wirtschaft betrifft, so sind die politischen Auswirkungen des Beitritts nicht zu unterschätzen. Die chinesische Führung hat sich und die nachfolgende Führungsgeneration mit dem Beitritt auf die konsequente Fortsetzung des Reformprozesses festgelegt. Aspekte wie Rechtssicherheit für Investitionen, Eigentum u.a. werden in Zukunft noch stärkere Bedeutung erlangen. Darüber hinaus organisiert der chinesische Staat den Rückzug aus der direkten Steuerung der Wirtschaftstätigkeit. So hat der ehemalige Bürgermeister von Shanghai, Xu Kuangdi, darauf hingewiesen, dass die Stadtregierung 1992 noch für 80 Prozent aller Wirtschaftsentscheidungen Verantwortung getragen habe, Ende 2001 seien es nur noch für drei Prozent gewesen.²⁵⁾

Der Art und Weise, wie die chinesische Führung den Rückzug aus dem Kapitalmarkt gestaltet, wird eine Schlüsselrolle für die zukünftige Entwicklung zukommen. Dabei geht es nicht allein um die gesetzlichen Rahmenbedingungen und deren Umsetzung, sondern auch darum, wie der Staat mit seinen Mehrheitsanteilen an vormaligen Staatsunternehmen, die jetzt gelistet sind, umgeht. Im vergangenen Jahr wurde die geplante Ausgabe von Aktien solcher Unternehmen immer wieder verschoben, weil bereits entsprechende Gerüchte zu Kurseinbrüchen geführt hatten. 2001 war für China ohnehin kein gutes Börsenjahr. Nach Zugewinnen im Vorjahr von bis zu 50 Prozent sank der Aktienindex in Shanghai und in Shenzhen von Juni 2001 bis Jan. 2002 um rund 35 Prozent. Dies wird jedoch noch weitgehend als Normalisierungsprozess und nicht als Krise gewertet. Und so haben chinesische Anleger bislang scheinbar das Vertrauen in die Börse nicht verloren und setzen auch weiterhin für ihre Altersversorgung u.a. auf den Kapitalmarkt. Sollte sich diese Situation allerdings ändern, dann würde dies mit Sicherheit auch umfassende Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Be-

reits jetzt gibt es in China vereinzelt Demonstrationen, mit denen betroffene Bürger für ihre Rechte eintreten – sei es als Reaktion auf Verwaltungsentscheidungen oder für die Auszahlung ihrer Löhne.²⁶⁾ Hinzu kommen noch die bereits angesprochenen separatistischen Bestrebungen in Xinjiang oder die als Bedrohung empfundene und mittlerweile als terroristische Organisation verfolgte „Falun Gong“-Bewegung.²⁷⁾

Gerade in der Haltung zu Sekten und Religionen wird sich zeigen, ob die nachfolgende Führungsgeneration gewillt und in der Lage ist, eine politische Wende zu vollziehen. In den letzten Jahren wurde deutlich, dass in der chinesischen Gesellschaft neben Wohlstandssteigerung ein zunehmend großes Bedürfnis nach spiritueller Erfüllung besteht. Die kommunistische Partei hat ihre ideologische Integrationskraft verlagert und mit der erfolgreichen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft verbunden. Immer mehr Menschen ist dies nicht genug, und so verzeichnen verschiedenste religiöse Gruppen von Christen bis zu Buddhisten einen enormen Zulauf. Nach offiziellen Angaben gibt es zehn Millionen Protestanten und ca. fünf Millionen Katholiken in China.²⁸⁾ Ansätze zu einer veränderten Haltung in Religionsfragen waren in jüngster Zeit bereits aus Führungskreisen festzustellen.²⁹⁾

- 26) Vgl. u.a. Andreas Lorenz, „Protest der Reichen“, in: *Der Spiegel*, Online-Ausgabe 4.3.2002 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,185450,00.html>); Jeremy Page, „Thousands of workers protest in NE [Northeast] China – locals, *Reuters*, 18.3.2002.
- 27) Vgl. Heike Holbig, „Falungong als ‚terroristische‘ Organisation gebrandmarkt“, in: C.a., Dez. 2001, Ü 13, S.1306–07.
- 28) Vgl. *China Daily*, 21. Juni 2001.
- 29) Vgl. Hugo Restall, „Can Communists Get Religion? Beijing contemplates loosening restrictions on mainstream faiths“, in: *The Asian Wall Street Journal*, 16. Jan. 2002.

■ Die KP China vor dem 16. Parteitag: Generations- wechsel an der Spitze von Partei und Staat

Im Herbst 2002 wird der 16. Parteitag der KP Chinas stattfinden. Das genaue Datum steht noch nicht fest. Allerdings wird angenommen, dass dieses zentrale innenpolitische Ereignis noch vor dem nächsten APEC-Gipfel Anfang Oktober angesetzt wird, um auf internationaler Ebene Spekulationen über einen innenpolitischen Machtkampf zu vermeiden. Auf dem Parteitag wird der Übergang von der dritten auf die vierte Führungsgeneration vollzogen. So müssen die drei führenden Politiker des Landes aus Altersgründen von ihren Partei- und ein halbes Jahr später von ihren Staatsämtern zurücktreten: Staats- und Parteichef Jiang Zemin (geb. 1926), Parlamentspräsident Li Peng (geb. 1928) und Ministerpräsident Zhu Ron-

gi (geb. 1928). Der unter Deng Xiaoping eingeleitete Prozess der Verjüngung der Partei wurde unter Jiang Zemin fortgesetzt und formalisiert. So gibt es nicht ein einheitliches Pensionsalter für Regierungs- oder Parteiämter, sondern jede Karrierestufe hat ein eigens definiertes Höchstalter. So muss ein Premier bei seiner Wahl unter 70 Jahre alt sein, ein Minister mit 65 zurücktreten, und Vize-Minister kann nur werden, wer noch keine 60 Jahre alt ist. Hintergrund der Einführung dieser Politik war, dass es in den achtziger Jahren zu einer Überalterung der Führungskader in Staat und Partei gekommen ist, die Deng Xiaoping nur unter großen Anstrengungen durchbrechen konnte.

Im Vorfeld des 16. Parteitages haben bereits weitreichende Umbesetzungen auf Provinzebene stattgefunden. So sind im vergangenen Jahr elf von 62 führenden Kadern in den 31 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten ausgetauscht worden, darunter sechs Parteisekretäre und fünf Provinzgouverneure bzw. Oberbürgermeister. Der spektakulärste Fall betraf die vorzeitige Abberufung des 64-jährigen Oberbürgermeisters von Shanghai, Xu Kuangdi, auf einen Parteiposten in Beijing. Anscheinend sollte durch die Umbesetzungen eine Verjüngung des nächsten ZK erreicht und ferner verhindert werden, dass Kader in dieses Gremium einziehen, die kurze Zeit später von ihren Regierungsposten zurücktreten müssen, weil sie die Altersgrenze erreicht haben.³⁰⁾ Im Falle Shanghais bedeutet dies, dass die Stadt nun mit ihrem neugewählten Oberbürgermeister Chen Liangyu im nächsten ZK vertreten sein wird, dass aber umgekehrt, aufgrund parteiinterner Regelungen, der frühere Bürgermeister Xu Kuangdi seine erfolgreiche Arbeit in der Stadt nicht bis zum tatsächlichen Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren fortsetzen konnte.

Über die anstehende Neubesetzung der Führungspositionen in Partei und Staat ist bis heute wenig bekannt. Nur eine Personalie scheint zweifelsfrei festzustehen: der amtierende Vize-Präsident Hu Jintao (geb. 1942) soll die doppelte Nachfolge von Jiang Zemin in den Ämtern des Generalsekretärs der KP (im Herbst 2002) sowie des Staatspräsidenten (im März 2003) antreten. Als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Zhu Rongjis als Ministerpräsident gilt

30) Vgl. hier und im Folgenden u.a.: „Gaoguan xin fangzhen: Zhongguo sheng buji guanyuan jieshou ‚nianjian‘“ (Umbesetzung von Führungskadern: Chinas Provinzkader und Staatsminister werden „Jahresprüfungen“ unterzogen), in: *Xinwen zhoukan*, 4.3.2002, 11 S. (http://www.chinanews.com.cn/chuban_2.html).

seit längerem Vize-Premier Wen Jiabao (geb. 1942). Daneben werden allerdings auch Vize-Premier Wu Bangguo (geb. 1941) und der Parteisekretär von Guangdong, Li Changchun (geb. 1944), als mögliche Kandidaten für das Amt gehandelt.³¹⁾ Wen Jiabao ist ein enger Vertrauter von Zhu Rongji und leitet seit 1998 die Arbeitsgruppe Finanzen des ZK und die Leading Small Group für Agrarpolitik der Partei. Wen brächte somit Erfahrungen in Bereichen der Reformpolitik mit, die in den kommenden Jahren von zentraler Bedeutung sein werden.

Das wichtigste Gremium der Partei ist der Ständige Ausschuss des Politbüros. Neben den o.g. Top-Drei – Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji – wird voraussichtlich auch Wei Jianxing (geb. 1931) aus dem Ständigen Ausschuss des Politbüros ausscheiden. Von den sieben derzeitigen Mitgliedern blieben neben Hu Jintao nur noch Li Lanqing (geb. 1932) und Li Ruihuan (geb. 1934) auf ihren Positionen. Li Lanqing, so heißt es, könnte zudem neuer Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz werden; er würde damit die Nachfolge von Li Ruihuan antreten, der als Parlamentspräsident im Gespräch ist.³²⁾ In den Ständigen Ausschuss des Politbüros würden daneben der neue Premier sowie der neue Vizepräsident auf-rücken; für letzteres Amt wird weithin Zeng Qinghong (geb. 1939) als aussichtsreichster Kandidat angesehen.

Die Zusammensetzung der neuen Führungsspitze ist die eine Seite des bevorstehenden Generationswechsels. Die andere Seite betrifft die Frage, auf welche Weise die dritte Führungsgeneration auch über das Ausscheiden aus den offiziellen Ämtern hinaus Einfluss auf die Politik nehmen wird. Jiang Zemin wird höchstwahrscheinlich dem Vorbild seines Mentors Deng Xiaoping folgen, der nach seinem Ausscheiden aus allen Parteiämtern zumindest vorübergehend den Vorsitz in der bedeutenden Zentralen Militärkommission beibehalten hat. Ob es für Zhu Rongji und Li Peng formale Beraterpositionen in Regierung oder Partei geben wird, bleibt abzuwarten.

■ Ausblick

Das vergangene Jahr stand mit den Entscheidungen über Olympia, dem APEC-Gipfel und der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation sehr

31) Vgl. Susan V. Lawrence, „Wen Jiabao is no new Zhu“, FEER, 14.3.2002, S. 28–32, hier S. 29.

32) Vgl. u.a. Jasper Becker, „China's new leadership is already picked“, SCMP, 10.1.2002.

stark im Zeichen der Außenpolitik. Dies wird in diesem Jahr anders sein. Alle Augen richten sich auf den 16. Parteitag der KP im Herbst diesen Jahres, auf dem über die Zusammensetzung der Führungsspitze der Partei entschieden wird. Hier wird sich auch entscheiden, wie die nächste Regierung zusammengesetzt sein wird. Alle diese Entscheidungen werden tiefgreifenden Einfluss auf die Zukunft des chinesischen Reformprozesses haben.

Ende 2002 wird wieder eine Entscheidung von internationaler Tragweite fallen, auf die sich China derzeit intensiv vorbereitet – die Ausrichtung der Expo 2010. Die Volksrepublik hat Shanghai ins Rennen geschickt. Im Dezember wird in Paris über die Vergabe entschieden. Nach derzeitigem Stand hat Shanghai gute Chancen auf den Zuschlag. Für die noch amtierende Führungsriege wäre es nach der Entscheidung für Beijing als Olympiastadt 2008 und der Aufnahme Chinas in die WTO ein weiterer Höhepunkt in ihrem Bestreben, ein starkes und international anerkanntes China aufzubauen.